



## Post an ...

## Mein lieber Peter Harry,

wo bist du?

Verzweifelt suche ich nach politischen Aktivitäten beziehungsweise Aussagen. Will mich doch schon einmal in Bezug auf die Landtagswahlen orientieren.

Das einzige was man findet, sind Preisverleihungen und Auftritte auf dem Parkett – und das ist nicht einmal glatt.

Selbst unsere Gazetten scheinen da recht verzweifelt zu sein. „Das Kabinett tagte in Norderstedt – von politischen Ergebnissen ist nichts bekannt“, stand da. Lediglich ein Bild, wie du aus dem Elfen-Express auf der Landes-Gartenschau winkst, füllte die Seite aus. Die Überschrift „Winke-Winke“ sagte eigentlich alles.

Bei der Preisverleihung von „Jugend forscht“ hast du ja den Bundespräsidenten an deiner Seite, zeigtest dich voll informiert und konntest ihm zu fast jedem Projekt umfangreiche Auskunft geben. Jedenfalls war er von deinem fundamentalen Wissen überrascht und fragte, ob du denn überhaupt noch regierst.

Das sollte ein Scherz sein!

Aber dein Herr Finanzminister, der regiert noch. Trotz steigender Steuereinnahmen und Lob von

der Bundesaufsicht für Länderfinanzen über die eingeleiteten Sparmaßnahmen, die sich ja im Wesentlichen auf das Schröpfen der Beamten und anderer Minderheiten beschränken, will er nun noch nachlegen.

Da droht uns doch schon wieder Unheil. Hoffentlich fällt ihm dieses Mal ein bisschen mehr ein – aber ich fürchte, da gibt es noch eine Ideen-Res-teliste, was die Beamten beziehungsweise den Öffentlichen Dienst betrifft. Auch der Landesrechnungshof hat da ja noch einige Rechnungen mit uns offen – wenn ihr auch sonst nicht auf ihn hört –, da habt ihr doch bestimmt spitze Ohren.

Jedenfalls hat er fest geschworen, das Paket noch vor den Wahlen auszupacken.

Da lass ich mich mal überraschen.

Wir von der Polizei können da ja nicht so meckern. Haben wir doch Winterreifen bekommen und es wird auf Teufel komm raus befördert – rausgekommen ist der Beelzebub aber noch nicht – der guckt nur aus dem Fenster!

An das Personal dürft ihr bei uns aber nicht ran, auch wenn da die 202 Stellen immer noch offen sind.

Unsere Chefs sagen ja immer, dass wir eine strategische Lücke haben und wollen die füllen. Aber eigentlich wissen die wohl nicht wie. Kaum ist irgendwo etwas rausgequetscht, holt sie die Wirklichkeit wieder ein. Da haben sie sich bei den neuen Leitstellen mit der Stärke vertan oder es wird doch ganz plötzlich noch eine Autobahn gebaut. Jedenfalls sind alle schön gerechneten Stellen wieder weg, bevor es an die strategische Lücke geht. Aber wir werden das schon machen – wie immer!

Dein Landesdiener  
Ernst Meißner

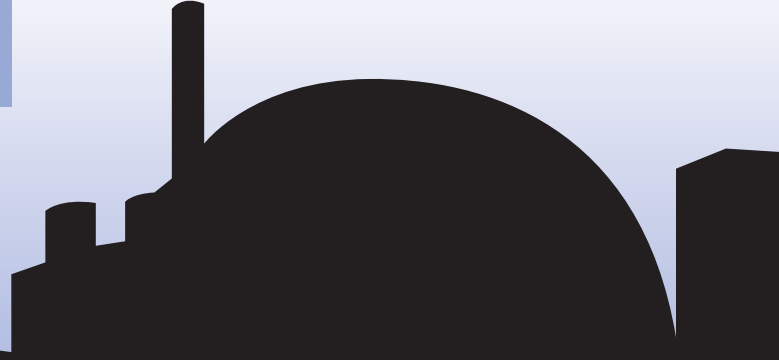
### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 04 51/49 15 97  
E-Mail: thomasnommensen@  
aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. (04 31) 2 10 96 62  
Fax (04 31) 5 19 22 21

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)

ISSN 0937-4841



# Brokdorf 2011 – War es das wert ?

Der Brokdorf-Einsatz, der im Vorfeld als einer der größten Polizeieinsätze der letzten 30 Jahre deklariert wurde, ist mittlerweile gelaufen.

Viele Kollegen und Kolleginnen waren im Rahmen von Einsatzhundertschaften beteiligt und durften – wieder einmal – das Wochenende in den Einsatzstiefeln verbringen.

Aber auch für die Kollegen, die nicht direkt im Einsatz eingebunden waren, hatte das Geschehen in der Wilster Marsch Auswirkungen. So wurden vielfach die Schichten auf Zwölf-Stunden-Dienste umgestellt und an ein freies Wochenende war ebenfalls nicht zu denken.

Die Rede war zunächst von mehr als 10 000 Teilnehmern und 2 000 bis 3 000 Blockierern, die verhindern wollten, dass Arbeiter das Werksgelände erreichen konnten, um dadurch die anstehenden Revisionsarbeiten zu stören. Man musste sich auf größere Ausschreitungen einstellen.

Nachdem der Einsatz zur Landeslage erklärt wurde, hatte sich die Polizeiführung innerhalb kurzer Zeit mit der Beschaffung und -Auswertung von Lage-Informationen und insbesondere der Anforderung von ausreichend Einsatzkräften und deren Unterbringung/Versorgung zu kümmern. Schließlich sollten zu Spitzenzeiten nahezu 2 200 Einsatzkräfte eingesetzt und davon rund 1 500 in Containern untergebracht werden. Das stellte für die Planer eine nicht zu unterschätzende



logistische Herausforderung dar. Innerhalb weniger Tage waren in ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland keine Wohncontainer mehr aufzutreiben, die Mietpreise dafür stiegen auf dem freien Markt innerhalb kurzer Zeit um ein Vielfaches.

Noch während des Aufbaus gab man Vertretern der Gewerkschaften und des Hauptpersonalrates die Möglichkeit einer Besichtigung der verschiedenen Containerdörfer. Hierbei wurde deutlich, dass die Polizeiführung bestrebt war, den Kolleginnen und Kollegen vernünftige Unterkünfte und Verpflegung bereitzustellen. Dabei wurde auch auf Kosten kaum Rücksicht genommen.

Dass bei Einsätzen dieser Größenordnung immer wieder auch improvisiert werden muss, ist jedem Beamten klar. Aber auch hier kam es wieder zu un schönen Erfahrungen, die eigentlich nicht vorkommen dürften und bei den betroffenen Kollegen zu Verärgerungen führten, wie zum Beispiel verschimmelte Lebensmittel in einigen Verpflegungsbeuteln.

Es wurde auch von verschiedenen Seiten Klage über die langen Einsatzzeiten, die schon mal die 14 Stunden (mit An- und Abreise) überstiegen haben, geführt. Auch das für viele Kollegen nicht nachzuvollziehende Bereithalten von großen Polizeiaufgeboten trotz „Nulllage“ stieß auf.

Solche und ähnliche Vorkommnisse werden sicher auch in der Zukunft nicht gänzlich auszuschließen sein, geben aber Anlass, das Eine oder Andere schon in der Planung immer wieder neu zu hinterfragen.

Von vielen Kollegen kamen aber auch überaus positive Resonanzen, zum Beispiel über die bereitgestellte Verpflegung durch das THW, das ihre Küche auf dem Kraftwerksgelände aufgebaut hatte. Hier gab es rund um die Uhr von durchweg freundlichem „Personal“ reichhaltige Mahlzeiten, die auch noch gut schmeckten. Eine Alternative, die sich offenbar bewährte und auf die man bei künftigen Polizeieinsätzen wieder zurückgreifen sollte.

Während des Einsatzes änderten sich die Lageeinschätzun-

gen teilweise fast stündlich. Nachdem von der Kernkraftwerksleitung die Revisionsarbeiten um einige Tage verschoben wurden, mussten die Demo-Veranstalter wie auch die Polizeiführung ihre Planungen teilweise über den Haufen werfen. Das führte dazu, dass angeforderte Einsatzkräfte wieder nach Hause geschickt und/oder für einen späteren Zeitpunkt neu angefordert werden mussten. Der Einsatz zog sich dadurch auf weit über eine Woche hin.

Letztlich fanden dann doch nur etwa 200 Demonstranten den Weg nach Brokdorf. Die Protest-Aktionen verliefen durchweg friedlich. Es kam zu keinerlei Ausschreitungen oder Übergriffen. Niemand wurde verletzt und man ging respektvoll miteinander um.

Die Anmelder der Protestaktionen müssen sich allerdings fragen lassen, ob sich der Aufwand trotz zwischenzeitlicher Einigung der politisch Verantwortlichen wirklich gelohnt hat.

Viele der Kollegen fragen sich: Musste ein weiterer Polizei-Großeinsatz in Zeiten immer größer werdender Personalnöte wirklich sein? Musste wirklich ein Betrag in mehrfacher Millionenhöhe für einen solchen Polizeieinsatz ausgegeben werden? Hätte man dieses Geld nicht sinnvoller ausgeben können?

War es das wert ?

*Frank Hesse,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*



## Ein Brief



Seltsame Dinge passieren auf politischer Bühne an der Förde.

Rückblende: Eine Amtsrichterin in Elmshorn verurteilt zwei Polizeibeamte zu Geldstrafen. Ein dienstlich veranlasster Einsatz von Pfefferspray soll nicht rechtmäßig gewesen sein. Der Fall wurde in der Presse behandelt.

Dieses Urteil hatte Wirkungen in der Polizei. Es führte zu erheblicher Verunsicherung bei vielen Polizeibeamten im Lan-

de. Dieses Urteil passt in eine weit verbreitete Empfindung in der Polizei, dass man stets und ständig als Sündenbock vorgeführt wird. Am grünen Tisch entscheiden Menschen, die vom polizeilichen Alltag Lichtjahre entfernt sind.

Diese Befindlichkeiten blieben natürlich dem obersten Dienstherrn, Herrn Innenminister Schlie, nicht verborgen. In einem veröffentlichten Brief schrieb er die Urteil sprechende Richterin an und berichtete über die möglichen Auswirkungen eines solchen Urteils in der Polizei. Er sprach auch die zutreffende Situation von Polizeibeamten an, in ausgesprochen schwierigen Lagen in Sekundenbruchteilen weitreichende Entscheidungen treffen zu müssen. Innenminister Schlie hat, das muss man ihm zugute halten, in seiner Amtszeit als Innenminister einige Male an Streifenfahrten teilgenommen und Beamte in verschiedenen Bereichen begleitet. Hierbei hat er einen flüch-

tigen Eindruck von täglicher Polizeiarbeit bekommen können, der manch anderen Leuten, die in der Judikative oder Legislative arbeiten, fehlt.

Dieser Brief wurde von der Kollegenschaft als Rückendeckung empfunden. Das haben viele Kolleginnen und Kollegen und auch die DPoLG als angenehm und angemessen empfunden. Für die DPoLG ist dieser Vorgang durchaus ein Beleg für ihre bereits seit längerer Zeit immer wieder vorgebrachte Forderung, die dienstlichen

Rechtsschutzrichtlinien zu ändern. Rechtsschutz darf kein Almosen des Dienstherrn sein.

Unangemessen war aus unserer Sicht nunmehr die politische Reaktion. Es fand eine Skandalisierung des Vorgangs statt, als wäre die Gewaltenteilung in Gefahr. Die Linkspartei forderte gar eine aktuelle Stunde im Landtag. Die dominierende Phalanx der Juristen im Landtag schmiedete eine Allianz bis in die Reihen des Koalitionspartners von Innenminister Schlie. Etwas mehr Gelassenheit hätte den Akteuren gut zu Gesicht gestanden. Polizei wird von allen möglichen Politikern in schöner Regelmäßigkeit kritisiert. Auch Juristen sollten Kritik ertragen können, ohne voreilig das hohe Lied der in Gefahr befindlichen richterlichen Unabhängigkeit anzustimmen. Die war hier nie in Gefahr.

(zu diesem Thema auch [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de))



> Innenminister Schlie

Torsten Gronau

## Kreisverband Lübeck

# Schluss mit der Gewalt – Vereine in die Verantwortung

## Kommentar von T. Gronau, Kreisvorsitzender

Die DPoLG fordert, dass die Vereine mehr Verantwortung bei der Bekämpfung von Gewalt bei Fußballspielen übernehmen. Insbesondere die Vorkommnisse anlässlich der Fußballspiele in der Regionalliga und im Landespokal zwischen Holstein Kiel und VfB Lübeck zeigen auf, dass Schleswig-Holstein diesbezüglich leider keine Insel der Glückseligen ist.

Das bisherige Verhalten der Vereine ist unzureichend und beschränkt sich auf reflexartige Betroffenheitsfloskeln. Den Ankün-

digungen, die für Gewalt verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen, dienen offenbar lediglich der Beruhigung der Volksseele. Konkrete Maßnahmen sind nur sehr zögerlich wahrzunehmen. Man verlässt sich offenbar darauf, dass die Polizei zum Nulltarif die Lage klärt. Eine sich in den letzten Jahren verändernde Fanszene führt immer mehr in Ultra-Bewegungen ihr Eigenleben. Die dort tätigen Personen haben bei ihren Aktionen weder das Wohl des Vereins im Sinn, noch sind sie bereit, sich

an allgemein geltende Regeln zu halten. Vielmehr schreiben sie ihre eigenen Gesetze.

Bei der Überlassung der „Singing Area“, einem überdachten Teil der neuen Sitztribüne, auf der Grundlage von Versprechungen des VfB Lübeck-Anhangs, hat sich der Verein auf dünnes Eis begeben. Mangels anderweitigen Interesses ist man wohl froh, dass wenigstens ein paar Leute auf die Lohmühle kommen, die dann auch noch Stimmung machen. Dass diese Fans sich jedoch vom Verein nicht leiten lassen

und ihr „eigenes Ding“ machen, wird scheinbar aus finanziellen Erwägungen hingenommen. Jedenfalls erwies sich das Vertrauen an die Fans beinahe als fatal, als diese nämlich nach dem verlorenen Pokalfinale das Feld stürmten und es nur dem beherzten Eingreifen der Polizei zu verdanken war, dass keine Kieler Spieler und Verantwortlichen zu Schaden kamen.

Es ist jedoch nicht einzusehen, dass die Durchführung einer derartig konfliktbelasteten Fußballveranstaltung der Polizei in die





Schuhe geschoben wird. Verein und Fußballverband halten sich vornehm zurück.

Aus Sicht der DPoIG muss ein Stufenplan erarbeitet werden, wie Fußballverband und Vereine durch eigene Maßnahmen an der Befriedung der Fanszene mitarbeiten. Mittelfristig ist eine Reduzierung polizeilicher Präsenz an Fußballstadien unabänderlich. Es gibt angesichts knapper Personalressourcen für die Polizei wahrlich wichtigere Dinge zu tun.

Neben der Durchführung technisch-organisatorischer Änderungen (Sicherheit in Stadien und an den Anfahrtswegen) ist aber auch ein Umdenken in den Vereinen notwendig. Man muss den Mut haben, bestimmte Fan-

gruppen, die sich nicht an einen gemeinsamen Kodex halten, auszusperrten. Mit einer friedlicheren Stimmung finden dann vielleicht auch diejenigen wieder ins Stadion, die seit Jahren nicht mehr kommen, schon gar nicht mit Kindern.

Es ist auch die Frage, warum der Verein sein „Willkommen an die Gäste“ nur auf die Stadionzeitung beschränkt.

Wer holt die Gäste vom Bahnhof ab und begleitet sie ins Stadion? Die Polizei. Weshalb macht das nicht eine Delegation vom Verein und den „ordentlichen Fans“? Gehört das nicht zu den Gastgeberpflichten? Das hätte auch den Effekt, dass die Gastfans geschützt wären vor Angriffen aus dem Hinterhalt. Eine

als Gegner auserkorene und gut ausgerüstete Polizei ist für gewaltbereite Ultras eine Herausforderung. Wenn aber der Präsident des VfB Lübeck, der Leiter der Geschäftsstelle und Personen aus den „ordentlichen“ VfB-Fanclubs sich den Gästen anschließen, wären Übergriffe ausgesprochen unwahrscheinlich. Und käme es doch dazu, wären die Herrschaften endlich mal an vorderster Front dabei und könnten sich ein authentisches Urteil bilden.

Warum schweigt der Stadionsprecher, wenn beleidigende Hassgesänge im Stadion angestimmt werden? Ist es nur seine Aufgabe, die Mannschaftsaufstellungen bekanntzugeben und mitzuteilen, wer den Spielball

gesponsert hat? Warum distanziert sich der Verein nicht eindeutig und sofort von unsportlichen Verhaltensweisen seiner Fans? Unmittelbare Durchsagen des Stadionsprechers könnten deeskalierend wirken.

Das sind nur einige wenige Ansätze, die finanziell neutral sind, aber den Verein in die Pflicht nehmen. Der Handball und Eishockey beweisen Wochenende für Wochenende, dass größere Sportveranstaltungen fair und gewaltlos ablaufen können. Im Fußball hat sich da etwas entwickelt, weil niemand rechtzeitig gegengesteuert hat. Das Geld und das Interesse galten dem Spielbetrieb, die Fans waren ein gutes Zubrot. Diese Einstellung muss verändert werden. ■

## Neues aus dem Landtag

18. Plenarsitzung in der 26. Kalenderwoche (Themenbereich „Innen und Recht“):

Die SPD- und Linken-Landtagsfraktionen beantragen, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzuschließen. Dieses wird im Plenum kontrovers diskutiert und (unter anderem) von den Fraktionen der CDU, FDP und Grünen aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. diskutiert der Landtag kontrovers über den Brief des Innenministers an die Amtsrichterin in Elmshorn, welche einen Polizeibeamten nach Einsatz des Pfeffersprays wegen Körperverletzung im Amt in einem „minder schweren Fall“ zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt hat. Näheres hierzu auch im Artikel „Ein Brief“ vom DPoIG-Landesvorsitzenden Torsten Gronau in dieser Ausgabe des „Polizeispiegel“.

Der Landtag diskutiert die von Linken, SPD, Grünen und SSW be-

antragte Abschaffung der sogenannten „Extremismusklausel“ für Projektträger des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Die CDU- und FDP-Fraktionen sind weiterhin dafür, dass Träger von durch Steuergelder geförderten diesbezüglichen Programmen ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abgeben müssen.

Die CDU Schleswig-Holstein stellt am 21. Juni ein Positionspapier von Partei und Landtagsfraktion vor, welches einen Maßnahmenkatalog in zehn Punkten zum Thema „Jugendkriminalität“ beinhaltet. Das zunehmende Phä-

nomen der jugendlichen Intensivtäter soll nach Willen der CDU Schleswig-Holstein unter anderem dadurch bekämpft werden, dass zukünftig in erster Linie das Erwachsenenstrafrecht für Heranwachsende zu gelten habe, das vorrangige bzw. beschleunigte Jugendstrafverfahren auszubauen sei sowie Möglichkeiten der geschlossenen Unterbringung für straffällige Jugendliche zu prüfen seien. Zudem soll geprüft werden, ob zukünftig pensionierte Polizeibeamte und Staatsanwälte jugendliche Intensivtäter (auf freiwilliger Basis und gegen eine Aufwandsentschädigung von jährlich 2.100,-€) betreuen könnten.

Anfang Juli fordern der Bayerische und Niedersächsische Innenminister, dass man sogenannte „Facebook“-Partys, welche in jüngerer Vergangenheit bundesweit zu größeren Polizeisätzen geführt haben, verbieten solle. Dieses Vorhaben wird vom innen- und rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Werner Kalinka, insofern unterstützt, als dass er fordert, die Veranstalter solcher Partys müssten künftig für die Kosten von Polizei- und Feuerwehreinheiten aufkommen. Außerdem müsse man prüfen –so Kalinka-, wie man zukünftig solche Massenpartys verhindern könne. Die FDP-Landtagsfraktion hingegen hält das Thema lediglich für ein Anzeichen des drohenden medialen „Sommerlochs“ und hält die bestehenden Gesetze im Polizei- und Ordnungsrecht für völlig ausreichend, um solchen Veranstaltungen angemessen zu begegnen.

Thomas Nommensen

